

Dr. Magnus Brunner, LL.M.
Bundesminister für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.232.987

Wien, 21. Mai 2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 18203/J vom 21. März 2024 der Abgeordneten Kai Jan Krainer, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 8.:

Vorangestellt wird, dass die Beschaffung und die Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen im Bundesministerium für Finanzen (BMF) sowie in anderen Ressorts auf BBG-Verträge (Teilamortisationsleasing) basiert. Erneuerungen und Rückstellungen finden nach Ablauf des Leasingvertrages statt.

Im BMF stand bereits ein KFZ mit Plug-In-Hybrid-Ausführung zur Verfügung und konnte unmittelbar von mir weiter genutzt werden. Eine Auflösung des Leasingvertrages für dieses Fahrzeug wäre mit gesonderten Kosten für das BMF verbunden gewesen.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass eine etwaige Nachnutzung bzw. Weiterverwendung meines ehemaligen Dienstwagens im Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) nicht in der Ingerenz des BMF, sondern in jener des BMK liegt.

Zu 9.:

Ich selbst habe das Auto regelmäßig und nach Bedarf betankt. Aufzeichnungen darüber liegen im BMF jedoch nicht auf, weswegen grundsätzlich auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 18201/J vom 21. März 2024 durch die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie verwiesen wird.

Zu 10. und 11.:

Dem BMF liegen keinerlei diesbezügliche Informationen über das Tankstellennetz in Österreich oder die Beschaffungsprozesse des BMK vor. Zu beiden Punkten wird auf das BMK als zuständiges Ressort verwiesen.

Zu 12. bis 15.:

Nach dem Start des BMF-internen Prozesses im Oktober 2023 wurde der Climate Hub im April 2024 formal durch die Unterzeichnung des Projektauftrags als Lenkungsausschuss eingerichtet. Diese Einrichtung basiert auf dem Prinzip des „Mainstreamings“, also der dezentralen Erfassung relevanter Informationen in den Sektionen und einer anschließenden, zentralisierten strategischen Diskussion im Hub. Dies ist aufgrund der Komplexität der Thematik auf nationaler Ebene (Zuständigkeit mehrerer Fachressorts) und europäischer Ebene (Zuständigkeit mehrerer DG in der Europäischen Kommission) notwendig. Darüber hinaus wird auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 16805/J vom 9. November 2023 verwiesen.

Der Bundesminister:
Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Elektronisch gefertigt

